

## Beraterbranche und Politik – Zustand und Entwicklungen –

von Rémi Redley, BDU-Präsident auf dem BDU-FachForum am 4. Oktober 2001

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie ganz herzlich zum Fachforum des BDU, des Bundesverbandes Deutscher Unternehmensberater hier in Düsseldorf. Ich freue mich besonders über die große Resonanz, die unser Kongress bei Ihnen wieder gefunden hat. Mehr als 300 Teilnehmer haben den Weg heute zu uns gefunden. Dafür möchte ich mich bei Ihnen bedanken.

Schwerpunkt meiner Rede ist eine kurze Bestandsaufnahme von Politik und Unternehmensberatung.

- Was eint beide?
- Was erwarten wir voneinander?

Beide, Politik wie Beratung, leben von ihren Kunden. Die Politik versucht – mit sich wiederholenden vier- bis fünfjährigen, sagen wir: Wahlverträgen – ihre Kunden, die Wählerinnen und Wähler optimal zu bedienen. Auf fast allen Feldern des menschlichen Lebens, angefangen von der Geburt über Schule und Beruf bis zum Lebensabend nimmt die Politik dabei auf den Bürger Einfluss.

Beim Berater ist es ähnlich: Zwar, und ich denke zum Glück nur in einem überschaubaren Zeitrahmen, wird eine meist sehr breitgefächerte Beratung durchgeführt, die sich selten auf einen Punkt beschränken lässt. Seine Arbeit hat zumeist eine unmittelbare Außenwirkung.

Noch etwas eint beide. Nämlich die Fehlbarkeit. Selbst der renommierteste Consultant kann nicht die Zukunft vorhersagen, er ist kein Hellseher. Hier stößt er an seine Grenzen. Zugegeben, Entwicklungen und Tendenzen wird jeder aufmerksame Berater abschätzen und aufzeigen können. Aber es bleibt doch immer ein gewisses Maß an Unvorhersehbaren.

Daher können weder Politik noch Beratung den Anspruch erheben, auf alle Fragen der Zukunft schon heute die passgenauen Antworten parat zu haben. Aufgabe beider ist es aber sehr wohl, die Zukunft mit zu gestalten, sich also den aktuellen Fragen der Zukunft zu stellen und auf ihre Herausforderungen schlüssige und tragfähige Vorschläge zu unterbreiten und den Menschen damit auch ein Stück Vertrauen zu geben.

Diese Herausforderungen der Zukunft werden Folgen der zunehmenden weltweiten wie nationalen Verflechtungen von Wirtschaft und Gesellschaft, kurz: der Globalisierung, sein.

Um es vorweg zu nehmen: Mit der Globalisierung eröffnen sich für alle – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – wesentlich mehr Chancen als Risiken. Denn eine Zunahme von Verflechtungen ist in der Wirtschaftsgeschichte ja nichts Neues.

Bedenkt man,

- dass bereits im Römischen Reich der Warenaustausch von den britischen Inseln bis zum Indischen Ozean reichte oder
- dass sich schon im 16. Jahrhundert die Handelsbeziehungen von bedeutenden europäischen seefahrenden Nationen über alle Kontinente der Welt erstreckten,

dann erscheint die Globalisierung schon in einem anderen, nämlich etwas milderem Licht. Zumal auch die damaligen Herausforderungen erfolgreich gemeistert wurden.

Die Globalisierung und der Wettbewerbsdruck stellen Wirtschaft und Wissenschaft in Deutschland und Europa doch mit erheblicher Härte auf den Prüfstand. Der Innovations- und Kostendruck wächst, und das gilt für unser Land nicht weniger als für jeden Einzelnen.

Die Entwicklungen in der Informations- und Kommunikationstechnik, gepaart mit der weltweiten Wirtschafts-Verflechtung beschleunigen sich sogar gegenseitig.

Das Tempo der Wissensvermehrung in der heutigen Informationsgesellschaft hat sich um ein Vielfaches erhöht, so werden neue Technologien schneller durch wiederum noch modernere ergänzt oder ersetzt.

Nach Prognosen der EU-Kommission werden in 10 Jahren 80 Prozent der heute angewandten Technologien durch neue ersetzt.

Ich darf Ihnen hier folgende Beispiele nennen:

Zur Durchsetzung am Markt brauchten

- das Telefon ca. 50 Jahre
- der Fernseher ca. 13 Jahre
- das Fax ca. 10 Jahre
- das Internet ca. 3 Jahre.

Die Folge dieser rasanten Entwicklung hin zur Wissensgesellschaft ist klar: Wettbewerb heißt heute vor allem Wettbewerb um die besten Köpfe und Wettlauf um Durchbruchinnovationen mit Speed.

Dabei sollten aber auch nicht die Gefahren übersehen werden. Wir dürfen nicht in der Informationsflut ertrinken. Die Fachleute nennen das "information overload". Die Menge jederzeit verfügbarer Informationen hat mit dem Internet exponentiell zugenommen. Alleine zu dem Begriff "Wissensgesellschaft" findet eine Internetsuchmaschine heute über 18.000 Einträge.

Aber: Werden wir dadurch wirklich klüger? Ich denke: Nicht zwingend, denn die reine Quantität von Informationen ist für sich allein genommen nutzlos. Sinnvolle Informationen müssen bewertet werden, mindestens als „wahr“, „sinnlos“ oder „nützlich“. Das heißt aber: Das richtige Wissensmanagement ist entscheidend. Für Wissensmanagement reicht eben fachliches Wissen alleine nicht aus; ohne strategische Ziele und ohne kritisches Denken bewegt sich bei aller Betriebsamkeit in der Gesellschaft nicht viel. Zumal nicht alle immer Schritt halten können: Behinderte, lernschwächere und alte Menschen oder einfach nur diejenigen, denen sich die technischen Möglichkeiten gar nicht eröffnen, sie dürfen wir nicht vergessen. Und daher muss sich die Wissensgesellschaft immer auch den sozial Schwächeren annehmen, sie mitnehmen.

Damit ist aber auch die Aufgabenstellung für Berater und Politik skizziert. Sie, meine verehrten Damen und Herren, werden die veränderten Rahmenbedingungen in Ihrer Branche schon kennen und nutzen: Die Einbeziehung der neuen Medien und Technologien in die Unternehmensstruktur, die erweiterten Absatz- und Zulieferermärkte, die verstärkte Kooperation und Zusammenarbeit mit Partnern oder, die Personalberater werden es bestätigen können, die Internationalisierung der Belegschaften. Damit werden wir dem Anspruch, eine führende, wegweisende Rolle in der Wirtschaft einzunehmen gerecht und bieten dem Markt herausragende innovative Spitzenprodukte.

**Und die Herausforderung des Wissensmanagements wird gerade durch uns, die Berater, praktiziert und umgesetzt. Die Berater übernehmen in der Wirtschaft nicht nur die Aufgabe des Ordnen und des Konzipierens, sie setzen sich auch für die Schwächeren ein, vor allem für den Mittelstand.**

**Und wie ich finde: bislang mit großem Erfolg.**

Ähnliches sollte auch die Politik leisten.

## **Beispiel Kooperationsfähigkeit:**

Wir sind mit der europäischen Einigung auf dem richtigen Wege. Und auch die Bedenken, die immer noch viele vor der Osterweiterung der Europäischen Union haben, sind nicht immer gerechtfertigt: Gerade für die deutsche Exportwirtschaft, und damit mittelbar für jeden vierten deutschen Arbeitsplatz, ist die Erweiterung lebens-, ja überlebenswichtig. Bereits jetzt nimmt der Handel mit Nordamerika "nur" den gleichen Stellenwert ein, wie der mit den mittel- und osteuropäischen Staaten. Die USA alleine betrachtet hinkt hier sogar hinterher. Und eine allzu einseitige Fixierung auf unsere transatlantischen Partner wäre geradezu fatal: Der Rückgang der amerikanischen Konjunktur wird auch in Deutschland nicht ohne negative Auswirkungen bleiben.

Im Gegensatz dazu boomen die mittel- und osteuropäischen Staaten weiter und weiter. Dieser Tage veröffentlichte die EU-Kommission aktuelle Zahlen über die wirtschaftliche Entwicklung unserer Nachbarn im Osten:

- Estland plus 6 ½,
- Polen plus 4,
- Slowenien plus 4 ½,
- Ungarn plus 5 Prozent

Wirtschaftswachstum, nicht etwa Arbeitslosigkeit. Und ich könnte diese Aufzählung mit noch größeren Werten aus der zweiten Reihe der Beitrittskandidaten fortsetzen. Aber schon diese Zahlen belegen: An der wirtschaftlichen Integration Mittel- und Osteuropas wird kein Weg vorbeiführen.

Dennoch haben viele Deutsche, vor allem in den Grenzregionen, Befürchtungen, dass von Polen und Tschechien aus, wenn sie erst einmal in der Europäischen Union sind, Wanderungsbewegungen einsetzen, die sie um ihre Jobs bringen könnten. Diese Furcht ist ernst zu nehmen. Sie fußt auch auf der Tatsache, dass mit dem Ende der beiden Blöcke und dem folgenden Siegeszug der Marktwirtschaft die wirtschaftlichen Beschränkungen in Europa kleiner und kleiner werden.

Und wer kann die Menschen in den Grenzregionen nicht verstehen, wenn sie heute schon um ihre Arbeitsplätze bangen – Arbeitsplätze, die ohnehin schon gefährdet sind? Daher hat Bundeskanzler Gerhard Schröder in Brüssel durchgesetzt, dass die Arbeitsmärkte der EU den zehn Beitrittskandidaten erst nach einer Übergangsfrist von bis zu sieben Jahren geöffnet werden. Auch wenn es in früheren Erweiterungsrounden schon Wartefristen gab, sind solche Sperrzäune für die neuen EU-Mitglieder nur schwer zu begründen. In einem freien, marktwirtschaftlichen System offener Grenzen haben sie eigentlich nichts zu suchen.

Seriöse Wirtschaftsforscher nehmen an, dass Deutschland selbst bei voller Freizügigkeit vom Zeitpunkt des Beitritts nur mit bis zu 100.000 Mittel- und Osteuropäern rechnen müsste. Dies entspräche nicht einmal einem halben Prozent der deutschen Erwerbsbevölkerung. Wer sich dennoch vor einem Zustrom der neuen EU-Mitbürger aus dem Osten fürchtet, sollte sich nur einmal umschauchen. Zwar nicht gerade heute und hier im Saal, aber draußen im Lande gehören doch viele Tausende Polen, Ungarn und andere bereits seit langem zum normalen, legalen Bild auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Sie bereichern das Arbeitsleben, und sie geben ihm ein Stück jener Flexibilität, die es dringend braucht.

Auch in den Grenzregionen sollten die Menschen erkennen, dass die Freizügigkeit bei offenen Grenzen neue Chancen eröffnet.

Denn die Arbeit sucht sich keineswegs auf einer Einbahnstraße nur von Ost nach West ihre Ziele. Die Zusammenarbeit von z. B. vielen deutschen und polnischen Betrieben belegt, dass es auch in umgekehrter Richtung gewinnbringende Möglichkeiten für beide Seiten gibt. Kostengünstige Zusammenarbeit über eine Grenze hinweg, die in ein paar Jahren nur noch eine EU-Binnengrenze sein wird, ist heute schon ein Motiv für die Ansiedelung von Unternehmen im Osten Brandenburgs oder Sachsens.

Alleine mit der wirtschaftlichen Integration der EU ist es aber nicht getan. Sie muss von einer politischen Integration begleitet werden. Damit meine ich keine Zentralisierung hoheitlicher Befugnisse in Brüssel. Damit ist auch nicht unbedingt eine Zunahme der Harmonisierungen in den Mitgliedstaaten gemeint.

Was wir jetzt dringend brauchen, ist eine europäische Öffentlichkeit, ein europäisches Gemeinwesen. Denn in Europa fehlt nach wie vor eine kritische Diskussion über die angemessene Konstitution, über die richtige Organisationsform.

Statt dessen gilt noch immer das Motto, nach dem ökonomischen Fortschritt – Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion – folgt sozusagen automatisch die politische Vertiefung.

Schlimmer noch, ich beobachte geradezu ein "Ausweichen" vor diesen wirklich entscheidenden politischen Notwendigkeiten. Solange man aber diese Fragen nicht angeht, bleibt der europäische Bürger weiterhin nur ein europäischer Konsument.

Ich erwähnte es, das Problem liegt vor allem in der Organisation Europas. Leider planen die Staatschefs, sich erst bei der Regierungskonferenz im Jahre 2004 mit diesem Thema zu befassen. Bis es dann zu einer Umsetzung kommt, werden wir sicher noch ein halbes Jahrzehnt warten müssen. Und bis dahin bedarf es vermutlich weiterhin der Hinzuziehung eines Experten, um herauszufinden, wer welche Kompetenzen auf regionaler, nationaler oder europäischer Ebene hat. Angesichts der stetigen Zunahme der Entscheidungen, die aus Brüssel kommen, bei denen oft unklar ist, ob die EU überhaupt dafür zuständig ist, fordere ich ein Vorziehen dieser Regierungskonferenz.

Denn wir brauchen einen europäischen Verfassungsvertrag, in dem die wichtigsten Vertragswerke schlüssig zusammengefasst sind. Wir brauchen aber auch die Einrichtung einer zweiten Kammer auf europäischer Ebene, vergleichbar mit dem amerikanischen Senat. Ich sympathisiere daher sehr mit dieser Idee von Joschka Fischer, der gesagt hat: "Die Lösung könnte in einem Zweikammersystem liegen, einer ersten, europäischen Kammer, die vom Volk direkt gewählt würde, und einer zweiten, nationalen Kammer. Diese wäre der Garant der Subsidiarität. So würde es keinen Gegensatz geben zwischen der nationalen Ebene und der europäischen, zwischen Nationalstaat und Europa."

Und wir brauchen eine klare Kompetenzverteilung. Das belegen die Erfahrungen in Deutschland. Dort sind die Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen mittlerweile völlig verwässert. Das ist vor allem Folge der ständig zunehmenden Einflussnahme des Bundes bei der Gesetzgebung. Ich unterstütze daher auch Überlegungen zur Einführung einer sogenannten "umgekehrt-konkurrierenden" Gesetzgebung: In genau festzulegenden Bereichen gilt das Bundesrecht nur so lange, als nicht die Länder von der Gesetzgebungskompetenz Gebrauch machen. Dadurch wird sichergestellt, dass keine rechtsfreien Räume entstehen, andererseits erhalten die Länder die Möglichkeit, eigene Regelungen zu erlassen, um den regionalen Besonderheiten Rechnung zu tragen.

Leider ist die Kompetenz der Länder in Steuersachen zum Beispiel heutzutage auf Getränke- und Hundesteuer beschränkt, der Rest wird vom Bund beeinflusst. Das führt insbesondere zu Mischfinanzierungen, in deren Folge es sehr schwer ist, klare haushälterische Verantwortlichkeiten zuzuordnen und Leistungsanreize in der Verwaltung zu fördern. Denn Mischfinanzierungen vermindern den Wettbewerb und das Ziel, sparsam zu wirtschaften. Gerade dieses sollte aber Ziel staatlichen Handelns sein.

Daher muss eine europäische Neuordnung der Kompetenzen zu einer Stärkung der föderalen Strukturen führen, und zwar in Richtung mehr Bürgerbeteiligung auf lokaler und regionaler Ebene.

### Fazit:

Die große Herausforderung für uns besteht darin, "Europas Vielfalt in Einheit" zu bewahren, gleichzeitig aber auf dem Weg einer "Föderalisierung" voranzuschreiten und die Menschen mit Europa zu identifizieren. Nur wenn ein Konsens zwischen Zentrum, also Brüssel und Peripherie, also den Mitgliedstaaten, über eine sinnvolle Arbeitsteilung erzielt ist, entschärft sich das Problem des Demokratiedefizits in der Europäischen Union.

Ich erwähnte vorhin die Chancen und die Bedeutung für unsere Exportwirtschaft im Rahmen der Osterweiterung. Die Vorteile des Exports wusste sich bisher jede Bundesregierung zu eigen zu machen. Auch in Zeiten flauer Binnennachfrage sicherte der Export immer noch den Arbeitsmarkt. Das barg und birgt aber auch die Gefahr, notwendige strukturelle Veränderungen der heimischen Wirtschaft zu vernachlässigen. Schon die CDU-geführte Bundesregierung hatte hier bereits – mit der dankbaren Ausrede der Ausnahmesituation der Deutschen Einheit – vieles verschlafen. Dass beispielsweise die Veränderung der demographischen Entwicklung, oder schlicht ausgedrückt, der Tatsache, dass wir immer älter werden, viel früher und entschiedener hätte angepackt werden müssen, als mit der Blümschen Reform von 1997 ist mittlerweile ein offenes Geheimnis. Auch auf anderen Gebieten vermisse ich weiterhin grundlegende strukturelle Veränderungen.

Darum dränge ich auch auf Reformen, die diesen Namen auch verdienen. Das müssen natürlich keine Jahrhundertprojekte sein, oft reicht schon eine Änderung der Gesetzeslage an entscheidenden Punkten oder das Streichen von Gesetzen. Aber diese Bewegung muss bald kommen, und zwar noch vor der Bundestagswahl im nächsten Jahr. Denn die internationalen Märkte und ausländische Investoren nehmen keine Rücksicht auf unsere Wahltermine und damit einhergehende Befindlichkeiten.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch die Arbeitslosen- und Sozialhilfeproblematik aufgreifen. Sie ist zuweilen, und das betrifft alle maßgeblichen politischen Akteure, von einer erstaunlichen Unkenntnis geprägt. Das gilt schon in Bezug auf Forderungen, die bereits geltende Rechtslage sind. Denn bereits jetzt formuliert das Bundessozialhilfegesetz: Hilfesuchende, die keine Arbeit finden können, sind zur Annahme einer für sie zumutbaren Arbeitsgelegenheit verpflichtet. [§ 18 Abs. 2 BSHG]. Wer sich weigert, hat keinen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt. Das Problem liegt meines Erachtens eher daran, dass die geltende Rechtslage nicht konsequent vollzogen wird und dass das Arbeitslosenhilferecht sehr viel lockerer ist.

Und zu oft vermisse ich die Einsicht, dass die Ursachen von Arbeitslosigkeit nicht einfach auf ein oder zwei schlichte Gründe zurückgeführt werden können. Vielmehr zeigt erst ein genauerer Blick auf die Struktur der Arbeitslosigkeit, dass das Problem der Wiedereingliederung arbeitsloser Arbeitnehmer durch ein vielschichtiges Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren verursacht wird. Folglich lässt sich eine erfolgreiche Wiedereingliederung nicht einfach dadurch erreichen, dass man einfach nur die Zumutbarkeitskriterien verschärft.

Mit der Zahl der Empfänger steigen aber auch die sogenannten "Verschiebetaktiken" zwischen den Arbeitsämtern und den Sozialämtern. Denn heute erhält gut ein Drittel derer, die Arbeitslosenhilfe beziehen, gleichzeitig ergänzend Sozialhilfe. Das führt zur Undurchschaubarkeit: Erhalten Empfänger Leistungen aus zwei Töpfen, können sie den ohnehin komplizierten Bewilligungsgang gar nicht mehr nachvollziehen. Zudem ist unklar, wer als persönlicher Betreuer für den Einzelnen zuständig ist, da zumindest zwei Sachbearbeiter an einem Fall arbeiten. Dies alles in einer Lebenssituation, die ohnehin schwierig genug für den Betroffenen ist. Vor diesem Hintergrund wäre es doch sinnvoll, endlich die Arbeitslosenhilfe vollständig in die Sozialhilfe zu überführen: zu einem System mit einer Leistung, mit klaren Zuständigkeiten, eingleisigem Verfahren und schlankerer Verwaltung.

Und noch ein Anreiz zur Arbeitsaufnahme kann meines Erachtens zügig angegangen werden. Das sogenannte Kombilohn-Modell. Zur Zeit ist der Abstand zwischen den unteren Lohngruppen und den Arbeitslosen- und Sozialhilfesätzen weiterhin zu klein. Oftmals ist letzterer mit Hilfe von Schwarzarbeit sogar noch deutlich höher als ein normaler Jobverdienst. Da ein regulärer Nebenverdienst nur in sehr geringem Umfang anerkannt wird, wäre es sinnvoll, ein "Einstiegsgeld" für langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger bundesweit einzuführen, um die Anreizwirkungen eines höheren Freibetrages in der Sozialhilfe zu nutzen. Ähnliches gilt für die zeitlich begrenzte Subventionierung regulärer Beschäftigung, mit direkten, zielgruppenorientierten Lohnzuschüssen. Hinzukommen dann betriebsnahe Trainings- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Um nicht missverstanden zu werden: Ich will nicht von einem neoliberalen Kurs und dem Abbau sozialer Rechte reden. Aber die Grundsätze, dass derjenige, der arbeitet mehr bekommen muss, als derjenige, der von staatlicher Hilfe lebt und dass es kein Recht auf bezahlte Faulheit gibt, müssen Bestand haben:

Denn Leistungsmissbrauch schädigt nicht nur die Solidargemeinschaft der Steuer- und Beitragszahler, sondern führt auch zu Verdächtigungen der wirklichen Anspruchsberechtigten und zu Zweifeln am Sinn und Zweck sozialer Ausgleichsleistungen überhaupt. Ein Sozialstaat, der tatenlos Leistungsmissbrauch zulässt oder ihm zusieht, wird das Vertrauen der Bevölkerung verlieren.

Ich erwähnte es zu Beginn: Die Globalisierung und die Entwicklung der Kommunikationstechniken fördern auch die Internationalisierung der Kapitalströme, auch spekulativer Devisengeschäfte. Derartige Spekulationen beeinträchtigen die realwirtschaftliche Entwicklung auf mehreren Ebenen:

- Im Außenhandel können Preise nicht mehr sicher kalkuliert werden.
- Die Absicherung gegen Kursrisiken führt zu zusätzlichen Kosten, beispielsweise für Optionen, und behindert damit den Welthandel.
- Auch die Verteidigung der Wechselkurse gegen spekulative Attacken durch die Notenbanken mittels kurzfristiger Interventionen und durch geldpolitische Maßnahmen verursacht erhebliche volkswirtschaftliche Kosten.

Grund genug für Bundeskanzler Schröder in diesen Tagen wieder einen Vorschlag der PDS von Mitte 1999 aufzugreifen: Nämlich den Vorschlag der sogenannten Tobin-Steuer. Diese sieht im Wesentlichen die – möglichst weltweite – Besteuerung aller Transaktionen vor, die einen sofortigen Devisenaustausch zur Folge haben.

Allerdings: Es gibt heute keinen ernst zu nehmenden Fachmann aus Wirtschaft und Wissenschaft, der für die Tobin-Steuer eintritt. Selbst der Erfinder höchstpersönlich hat sich inzwischen weitgehend davon distanziert.

Und dennoch hat diese Steuer unter Politikern wieder einige Popularität erlangt. Und zwar immer dann, wenn es zu großen Schwankungen auf den Finanzmärkten kommt. Dann gibt es die Forderungen, der Spekulation durch eine gezielte Steuer zu begegnen.

Aber sind diese Forderungen redlich?

Haben sie ernsthafte Aussicht auf Erfolg?

Ich meine: Nein. Denn sie würde lediglich an den Symptomen und nicht an den Ursachen währungspolitischer Fehlentwicklungen wie

- verfehler Subventionspolitik, z. B. das Festhalten an veralteten Industriestrukturen
- verfehler Zinspolitik
- verfehler Stabilitätspolitik
- und überzogener Verschuldungspolitik in den jeweiligen Ländern herumdoktern.

Denn auch die Asien-Krise hätte durch eine solche Steuer nicht verhindert werden können. Ursache dieser Krise war nicht die Währungsspekulation, sondern die falsche Wirtschaftspolitik in den Krisenstaaten.

Die Fähigkeit dieser Steuer, Devisenspekulationen einzuschränken, ist – ich sagte es – nach Einschätzung von Wirtschaftswissenschaftlern sehr begrenzt. Bei niedrigem Steuersatz werden nur Spekulationen auf kleinere Abweichungen des entsprechenden Wechselkurses verringert, diese stellen allerdings keine Stabilitätsprobleme dar. Die Tobin-Steuer verliert ihre Durchschlagskraft schon dann, wenn deutliche Kursänderungen erfolgen, da dann die Spekulation profitabel bleibt. Und gravierende Wechselkurs- und Zinsänderungen sind ja auch schon bei geringeren Umsätzen möglich, die durch eine Tobin-Steuer nicht verhindert werden können.

Zudem wird der Wirkungsmechanismus dieser Steuer häufig falsch eingeschätzt. Gegen hohe kurzfristige Spekulationswellen ist die Tobin-Steuer wirkungslos. Sie würde aber die längerfristigen, durch Warenhandel begründeten Devisentransaktionen, die sie eigentlich schützen möchte, über Gebühr verteuern und unter Umständen verhindern. Sie beeinträchtigt somit das Wirtschaftswachstum des Landes und wirkt letztendlich kontraproduktiv.

Ich bin sicher, dass auch das Kanzleramt um diese Hintergründe weiß. Man sollte den Menschen aber, ich habe es oben erwähnt, schlüssige, solide Konzepte vorlegen. Eine solche Steuer ist dies nicht. Was wir brauchen, ist eine bessere Zusammenarbeit des internationalen Währungsfonds mit der Bank für internationalen Zahlungsausgleich und der Weltbank, insbesondere aber eine Stabilitätspolitik in den starken Volkswirtschaften.

Das ist aber die Kritik, die ich – leider zu oft – an die Verantwortlichen in der Politik richte. Die Konzepte müssen ehrlicher sein und darüber Aufschluss geben, was sie leisten können, und was nicht. Was es die Menschen kostet und was Ihnen aufgebürdet werden muss. Und hier komme ich zu einem wesentlichen Unterschied zwischen Beratung, wie wir sie verstehen, und der Politik.

Unternehmensberatung ist offener, ja muss offener sein, wenn sie Erfolg haben möchte. Hier liegt unsere gemeinsame Aufgabe.

Ich danke Ihnen.